

Ö f f e n t l i c h e B e k a n n t m a c h u n g

Flurbereinigung

Gemeinde Oberthal
Ortsteil Steinberg-Deckenhardt

Landkreis

St. Wendel, den 8.08.1989

I. **Flurbereinigungsbeschluß**

1. Anordnung der Flurbereinigung

Nach § 86(1) des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), geändert durch Gesetz vom 01. Juni 1980 (BGBl. I S. 649) und Gesetz vom 17. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1777), wird die Vereinfachte Flurbereinigung von

Steinberg-Deckenhardt

angeordnet.

Die Anordnung gilt für das in der Gebietskarte im Maßstab 1 : 10 000 dargestellte und vom Bodewirtschaftsamt St. Wendel am heutigen Tage festgestellte Flurbereinigungsgebiet.

Das Flurbereinigungsgebiet umfaßt die gesamte Gemarkung von Steinberg-Deckenhardt.

Ein Abdruck dieses Beschlusses mit Begründung und Gebietskarte liegen zur Einsichtnahme für die Beteiligten zwei Wochen lang - vom ersten Tag der öffentlichen Bekanntmachung dieses Beschlusses - bei dem Bürgermeister in Oberthal und dem Ortsvorsteher in Steinberg-Deckenhardt aus.

2. Teilnehmergemeinschaft

Die Eigentümer der zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücke sowie die den Eigentümern gleichstehenden Erbbauberechtigten bilden gemäß § 16 FlurbG die Teilnehmergemeinschaft. Sie entsteht mit dem Flurbereinigungsbeschluß und ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie führt den Namen

"Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung

von Steinberg-Deckenhardt"

und hat ihren Sitz in Oberthal - Ortsteil Steinberg-Deckenhardt, Landkreis St. Wendel. Sie untersteht der Aufsicht des Bodewirtschaftsamtes St. Wendel.

3. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Flurbereinigungsbeschluß kann innerhalb von zwei Wochen nach dem ersten Tag der öffentlichen Bekanntmachung schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch beim Bodenwirtschaftsamt St. Wendel, Am Wirthembösch 5 - 13, 6690 St. Wendel eingelegt werden. Die Frist ist nur dann gewahrt, wenn der Widerspruch innerhalb der vorgenannten Frist beim Bodenwirtschaftsamt St. Wendel eingegangen oder zu dessen Niederschrift erklärt worden ist. Das Widerspruchsschreiben soll nach Möglichkeit in zweifacher Ausfertigung eingereicht werden.

II. Hinweise zum Flurbereinigungsbeschluß

1. Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, sind innerhalb von 3 Monaten nach dem Zeitpunkt dieser öffentlichen Bekanntmachung bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Bodenwirtschaftsamt St. Wendel, Am Wirthembösch 5 - 13, anzumelden.

Werden Rechte erst nach Ablauf dieser Frist angemeldet oder nachgewiesen, so kann die Flurbereinigungsbehörde die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen (§14 FlurbG).

2. Aufforderung zur Grundbuchberichtigung

Die Angaben über Rechtsverhältnisse an den Grundstücken erhebt das Bodenwirtschaftsamt aus dem Grundbuch. Um Nachteile zu vermeiden, wird den Grundbesitzern dringend empfohlen, die Eintragungen im Grundbuch zu überprüfen und erforderliche Berichtigungen zu beantragen. Dazu genügt es in der Regel, den Grundbuchämtern die entsprechenden Urkunden wie Erbschein, Erbvertrag, Testament, Zuschlagsbeschluß oder Enteignungsbeschluß vorzulegen.

Grundbucheinsicht und Auskünfte sind gebührenfrei. Für die Berichtigung des Grundbuchs sind in bestimmten Fällen gebührenrechtliche Vergünstigungen vorgesehen.

3. Betreten der Grundstücke

Die Beauftragten der Flurbereinigungsbehörde sind berechtigt, zur Vorbereitung und zur Durchführung des Flurbereinigungsverfahrens Grundstücke zu betreten und die nach ihrem Ermessen erforderlichen Arbeiten auf ihnen vorzunehmen (§ 35 Abs. 1 FlurbG).

4. Zeitweilige Einschränkung des Eigentums

- 4.1 Von der Bekanntgabe des Flurbereinigungsbeschlusses bis zur Ausführungsanordnung gelten folgende Einschränkungen (§§ 34 und 85 FlurbG):

- a) In der Nutzungsart der Grundstücke dürfen ohne Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde nur Änderungen vorgenommen werden, zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören.

- b) Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen dürfen nur mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden.
- c) Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze dürfen nur in Ausnahmefällen, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden, mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde beseitigt werden.
- d) Holzeinschläge, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen, bedürfen der Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde; die Zustimmung darf nur im Einvernehmen mit der Forstaufsichtsbehörde erteilt werden. Das gleiche Verfahren gilt für die Erstaufforstung von Flächen, die aus der landwirtschaftlichen Nutzung ausgeschlossen sind oder ausscheiden sollen.

Sind entgegen den Vorschriften zu Ziffer 4.1 a) und 4.1 b) Änderungen vorgenommen oder Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können diese im Flurbereinigungsverfahren unberücksichtigt bleiben. Die Flurbereinigungsbehörde kann den früheren Zustand auf Kosten des betreffenden Beteiligten gemäß §§ 34 und 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen den Vorschriften zu Ziffer 4.1 c) vorgenommen worden, so muß die Flurbereinigungsbehörde Ersatzpflanzungen auf Kosten des Veranlassers vornehmen lassen. Sind Holzeinschläge entgegen den Vorschriften zu Ziffer 4.1 d) vorgenommen worden, so kann die Flurbereinigungsbehörde anordnen, daß derjenige, der das Holz gefällt hat, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Anweisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

Zu widerhandlungen gegen die nach 4.1 a) bis 4.1 d) getroffenen Anordnungen sind gemäß § 154 Abs. 1 FlurbG ordnungswidrig. Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu tausend Deutsche Mark geahndet werden. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 24.05.1968 (BGBI. I S. 491) entsprechend.

III. Begründung zum Flurbereinigungsbeschluß

Die Grundstücke des Verfahrensgebietes sind teilweise für die jeweilige Nutzung ungünstig geformt. Die Gemarkung ist durch Wirtschaftswege unzureichend erschlossen. Eine neuzeitliche, den heutigen betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen entsprechende Bewirtschaftung ist derzeit eingeschränkt. In vielen Fällen sind die Grundstücke nur über sogenannte Anlieger- und Anwandwege zu erreichen. Eine rechtlich gesicherte Zu- und Abfahrt besteht hier nicht.

Da die Gemarkung Steinberg-Deckenhardt im Schwerpunktraum ökologischer Aufgaben "Schwarzwälder Hochwald" liegt, soll auf der Grundlage landesplanerischer Ziele in diesem Raum eine nachhaltige Sicherung des Naturhaushaltes und seiner ökologischen Funktionen betrieben werden. So sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die die Reinhaltung der Oberflächengewässer, die Anreicherung des Grundwassers, die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit sowie die Frischluftherneuerung gewährleisten. Weiterhin ist auf die Erhaltung einer artenreichen Tier- und Pflanzenwelt hinzuwirken.

Die Waldflächen im Verfahrensgebiet sind im Landesentwicklungsplan als forstwirtschaftliche Vorranggebiete festgelegt. Durch das Flurbereinigungsverfahren sollen geeignete Flächen zur Aufforstung herangezogen werden. Die Gemarkung Steinberg-Deckenhardt gehört zum Naturpark "Saar-Hunsrück". Im Rahmen der Flurbereinigung soll darauf hingewirkt werden, daß die landwirtschaftlich genutzten Flächen durch geeignete Maßnahmen der Landschaftspflege gestaltet und durch den Ausbau von ländlichen Wegen für die naturnahe Erholung erschlossen werden.

Aus der Sicht des Naturschutzes wird die Unterschutzstellung des Gebietes "Heidenhübel" angestrebt. Zur Erleichterung der Ausweisung dieses Naturschutzgebietes sollen durch das Flurbereinigungsverfahren geeignete Besitzverhältnisse geschaffen werden. Eine bessere Einbindung der Ortslage in die Landschaft soll durch Eingrünung des Ortsrandes erreicht werden. Auch im Ortsbereich selbst sind Grünordnungsmaßnahmen durchzuführen.

In der Ortslage ist die Mehrzahl der ausgebauten Ortsstraßen eigentumsrechtlich zu regeln.

Im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens soll unter Beachtung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes durch Dorferneuerungsmaßnahmen erfolgen. So ist z. B. an die Neugestaltung des ehemaligen Dresch- und Brunnenplatzes gedacht. Zudem sollen Maßnahmen zur Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse und kleinere Erschließungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Die Gemeinde Oberthal hat aufgrund des Beschlusses des Gemeinderates vom 14. Oktober 1987 beim Bodenwirtschaftsamt St. Wendel Antrag auf Durchführung eines Flurbereinigungsverfahrens gestellt.

Die voraussichtlich beteiligten Grundstückseigentümer sind in einer Versammlung am 15.03.1989 über das geplante Flurbereinigungsverfahren einschließlich der voraussichtlich entstehenden Kosten aufgeklärt worden. Die Landwirtschaftskammer, der Minister für Umwelt, die Gemeinde und der Landkreis sind gehört worden. Die Unterrichtung der weiteren Planungsbehörden (§ 5 Abs. 3 FlurbG) ist erfolgt.

Damit sind die Voraussetzungen zur Einleitung des Vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens gegeben.

Der Vorsteher


Ringeisen

